

Breser, Britta

Widerstand lehren? Demokratiebildung unter Spannung

Journal für LehrerInnenbildung 25 (2025) 4, S. 30-43



Quellenangabe/ Reference:

Breser, Britta: Widerstand lehren? Demokratiebildung unter Spannung - In: Journal für LehrerInnenbildung 25 (2025) 4, S. 30-43 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-347045 - DOI: 10.25656/01:34704; 10.35468/jlb-04-2025-02

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-347045>
<https://doi.org/10.25656/01:34704>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. der Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Die neu entstandenen Werke bzw. Inhalte dürfen nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergegeben werden, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public and alter, transform or change this work as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work. If you alter, transform, or change this work in any way, you may distribute the resulting work only under this or a comparable license.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

jlb
no. 4
2025

journal für lehrerInnenbildung

Antidemokratische
Positionen

Bibliografie:
Britta Breser (2025).
Widerstand lehren?
Demokratiebildung unter Spannung.
journal für lehrerInnenbildung, 25 (4), 30–43.
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025-02>

Gesamtausgabe online unter:
<http://www.jlb-journallehrerinnenbildung.net>
<https://doi.org/10.35468/jlb-04-2025>

ISSN 2629-4982

02

Britta Breser

Widerstand lehren? Demokratiebildung unter Spannung

Abstract • Antidemokratische Tendenzen im Kontext von politischer Polarisierung und Forderungen nach politischer Neutralität setzen die Lehrer*innenbildung zunehmend unter Druck. Politische Bildung zur Verteidigung von Demokratie sowie auch zur Ermöglichung ihrer Weiterentwicklung ist in Österreich bislang jedoch nur schwach verankert. Der Beitrag analysiert historische Entwicklungen, aktuelle Initiativen und strukturelle Leerstellen. Er plädiert für eine Demokratiebildung, die sich auch in institutionellen Gefügen als spannungsvolle Praxis zwischen Haltung, Konflikt und demokratischem Wandel entfalten kann.

Schlagworte/Keywords • Demokratiebildung, Lehrer*innenbildung, antidemokratische Tendenzen, politische Neutralität, Österreich

Lehrer*innenbildung im Kontext antidemokratischer Tendenzen

Wie in zahlreichen anderen europäischen Ländern lässt sich in Österreich in den letzten Jahren ein Erstarken antidemokratischer, autoritärer und ausgrenzender Positionen beobachten (Lange et al., 2024). Dies wird im (hoch-)schulischen Kontext ebenso sichtbar, wenn Lehrpersonen, die sich für Vielfalt, Inklusion und Demokratie engagieren, Verunsicherungen erfahren sowie mit Kritik, Anfeindungen, Verleumdungen oder gar gezielten Diskreditierungen konfrontiert sind. Diese Entwicklungen fordern nicht nur das individuelle Handeln und die Handlungssicherheit von Lehrpersonen heraus (Marchart, 2024). Auch strukturelle Verankerungen von Demokratiebildung auf hochschulischer und universitärer Ebene sowie grundlegende Funktionen von öffentlichen Bildungsinstitutionen als Orte demokratischer Sozialisation und der Menschenrechtsbildung werden somit neu infrage gestellt (Kahlert, 2013).

In diesem Zusammenhang wird der Lehrer*innenbildung in Österreich zunehmend Verantwortung zugeschrieben: Im Kontext zahlreicher Spannungsfelder, die im Folgenden skizziert werden, hat sie die Aufgabe, angehende beziehungsweise bereits aktive Lehrpersonen für ein Berufsfeld zu professionalisieren, das sich vor gesellschaftlichen Umbrüchen, Polarisierungen und Radikalisierungen nicht verschließen kann und auch nicht darf. Als Teil der wesentlichen Infrastrukturen einer Demokratie nimmt die Lehrer*innenbildung eine bedeutende Rolle ein (Berkemeyer, 2022). Der folgende Beitrag veranschaulicht diesbezügliche historische Entwicklungen sowie aktuelle Herausforderungen, Veränderungen und Aufbrüche speziell in der österreichischen Landschaft der Lehrer*innenbildung.

Antidemokratische Herausforderungen im Bildungskontext

Demokratie unter Druck

Craig Calhoun et al. sprechen von „Zerfallserscheinungen der Demokratie“ (Calhoun et al., 2024): Antidemokratische Tendenzen – also Einstellungen, Verhaltensweisen sowie Initiativen und Bewegungen,

die demokratische Grundprinzipien relativieren, subtil untergraben oder gar offensiv ablehnen und diesen entgegenwirken – bewirken sowohl einen demokratischen Verfall von innen als auch Zerstörungen der Demokratie von außen (Merkel, 2015). Im österreichischen Kontext lassen sich derzeit mehrere gleichzeitige Entwicklungen beobachten, die Gefährdungen für die demokratischen Strukturen und ihre Ausgestaltung im Alltag darstellen und zugleich Herausforderungen für Bildungsprozesse markieren. Insbesondere folgende drei Tendenzen erscheinen für das Verständnis und die Weiterentwicklung von Demokratiebildung in Österreich als relevant (vgl. Lange et al., 2024):

Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus: Bereits seit längerem wird dem Rechtspopulismus in Österreich durch seine „ethno-nationalistische Rhetorik und tendenziell xenophoben Ab- und Ausgrenzungen“ (Pelinka, 2019, S. 134) im Europa-Vergleich eine Art „Modellcharakter“ (Heinisch, 2017, S. 449) zugeschrieben. Antipluralistische Weltbilder, verbunden mit autoritären Lösungsvorschlägen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen, schwächen das Vertrauen in die Demokratie, fördern Polarisierung und wirken zunehmend auch in öffentliche Bildungsräume hinein (Achour, 2017).

Desinformation und Wissenschaftsskepsis: Ein weiteres zentrales antidemokratisches Problemfeld in Österreich stellen die Verbreitung von Desinformation (Breser, 2023) und eine im europäischen Vergleich hohe Wissenschaftsskepsis dar (European Commission, 2021; Taschwer, 2021; Starkbaum et al., 2023), welche beide eng mit einer Vielfalt an österreichischen Boulevardmedien sowie einem Vertrauensverlust in klassische Medien und etablierte Institutionen verbunden sind (Breser, 2025a). Antidemokratische Diskurse erhalten zudem Auftrieb durch eine zunehmend geschwächte journalistische Landschaft, in der Qualitätsstandards unter ökonomischem Druck leiden (Lauerer & Keel, 2019).

Ausschluss von demokratischer Partizipation: Auch wenn Demokratie nie nur bloß auf die institutionelle Ebene reduziert werden sollte, stellt die Exklusion von Bevölkerungsgruppen aus repräsentativen Beteiligungsprozessen ein ebenso ernstzunehmendes demokratiepolitisches Problem in Österreich dar – das zugleich auch in der Lage sein kann, noch zusätzlich antidemokratische Ressentiments zu schüren (Valchars & Bauböck, 2021). So leben laut Statistik Austria rund

170.000 junge Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren in Österreich, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Das entspricht etwa 20 Prozent dieser Altersgruppe (Breser & Silen, 2023). Da das Wahlrecht in Österreich an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist, sind jene Personen somit bei nationalen Wahlen nicht teilnahmeberechtigt und bleiben von zentralen demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Für Nicht-EU-Bürger*innen trifft dies auch bei EU-Wahlen und kommunalen Wahlen in Österreich zu (Lange et al., 2024). Diese Form der demokratischen Exklusion von in Österreich lebenden Menschen mit Migrationsgeschichten spiegelt eine weitere antidemokratische Schieflage in Österreich wider, die den Anspruch einer inklusiven Demokratie konterkariert. Auch Bildungseinrichtungen sind davon erfasst, wenn sich demokratische Exklusionsprozesse negativ auf das Demokratieverständnis und das Zugehörigkeitsempfinden nicht bloß junger Menschen auswirkt (Puscizna, 2023). Denn von diesem Ausschluss ist auch eine immer größer werdende Zahl an Lehrpersonen in österreichischen Bildungsinstitutionen betroffen.

Bildungsinstitutionen unter Druck

Die zuvor beschriebenen antidemokratischen Entwicklungen setzen Bildungseinrichtungen in Österreich zunehmend unter Druck. (Angehende) Lehrpersonen sehen sich dabei mit komplexen Spannungsfeldern konfrontiert – zwischen dem Ruf nach (vermeintlicher) politischer Neutralität und dem Anspruch, demokratische Haltungen erkennbar zu machen (siehe den Beitrag von Pfaff, in diesem Heft, S. 102–111); zwischen der eigenen Funktion als demokratiepädagogisches Sprachrohr und der persönlichen (epistemischen) Verunsicherung, die nicht selten auch aus eigener Betroffenheit heraus entsteht (Costa & Weselek, 2023). Diese Ambivalenzen machen deutlich, dass Demokratiebildung unter den zuvor skizzierten aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen nicht nur Wissen, sondern auch Haltung und eine professionelle Didaktik in den Bildungsinstitutionen sowie institutionelle Rückendeckung erfordert.

Die wiederkehrende Forderung nach politischer Neutralität – ein Begriff, der im österreichischen Diskurs zur Politischen Bildung historisch stark aufgeladen und vielfach missverstanden wird – verschärft dieses Spannungsfeld zusätzlich. In der Bildungspraxis wird Neutralität demzufolge häufig mit Wertneutralität oder gar mit vollständigem

Meinungsverzicht gleichgesetzt (Berger, 2025). Diese Interpretation erschwert nicht nur eine klare Positionierung gegenüber antidemokratischen Tendenzen in einem demokratischen Bildungswesen, sondern behindert auch notwendige Aushandlungsprozesse, die Bildungsinstitutionen als demokratische Erfahrungsräume eigentlich ermöglichen sollten (Wohnig & Zorn, 2022). Unter dem Deckmantel „neutraler Politischer Bildung“ wird versucht, demokratiebildnerisches Engagement zu delegitimieren. Im Vorfeld der Nationalratswahl 2024 forderte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) beispielsweise die Einrichtung einer „Meldestelle“ gegen politisierende Lehrer*innen (Schmid, 2024) – eine Maßnahme, die nicht nur zur Einschüchterung beiträgt, sondern den professionellen Umgang mit demokratischen Grundwerten in Bildungsinstitutionen grundsätzlich infrage stellt. Neutralität fungiert demzufolge als politischer Kampfbegriff, der demokratische Positionierungen unter Generalverdacht stellt (Hufen, 2022).

Es braucht daher nicht nur ein differenziertes Verständnis von politischer Neutralität und eine stärkere Professionalisierung Politischer Bildung in Österreich, sondern auch eine klare Rückendeckung für Lehrpersonen sowie institutionelle Schutzzräume, in denen demokratische Konflikte ausgetragen und reflektiert werden können. Dabei zeigt sich: Das Auftreten gegenüber antidemokratischen Tendenzen bringt mitunter auch eine konfliktreiche demokratische Praxis in den Bildungsinstitutionen mit sich, die nicht bloß „von oben herab“ gelehrt werden kann (Breser, 2025b; Eis, 2017). Denn neben demokratisch zustande gekommener Zustimmung braucht Demokratie – im Sinne einer Weiterentwicklung – immer auch Platz für Widerstand, der auf Veränderung zielt (Beutel et al., 2022; Westphal, 2020).

Die österreichische Lehrer*innenbildung

Historische Entwicklung

Der Ruf nach einer „neutralen“ Politischen Bildung in Österreich lässt sich unter anderem auf die politische Polarisierung während der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg zurückführen. Diese wirkt auch in der Lehrer*innenbildung bis heute im Alltag Politischer Bildner*innen nach. Über viele Jahre hinweg erfolgte politische Sozialisation hauptsächlich im familiären Umfeld sowie in den entsprechenden Jugendorganisationen, Kulturvereinen und Freizeitstrukturen. Aus dieser en-

gen Verbindung zwischen Politik und Sozialisation entwickelten sich gegenseitige Befürchtungen, Politische Bildung in der Schule könne zur Beeinflussung genutzt werden. Auch belastende Erfahrungen hinsichtlich politischer Instrumentalisierung im Schulkontext während des Nationalsozialismus zeigen Auswirkungen (Berger, 2025; Hellmuth & Klepp, 2010).

Nur zögerlich und punktuell wurde Politische Bildung explizit als Aufgabe der Lehrer*innenbildung mit dem Ziel der Stärkung der Demokratie auf der Basis der Menschenrechte verankert. Jahrzehntelang wurde sie fast ausschließlich in Parteiakademien gelehrt – als klar positionierte, parteipolitische Bildung (Zebinger, 2024).

Fortschritte und strukturelle Leerstellen

Über lange Zeit hinweg blieben Chancen ungenutzt, eine Politische Bildung an Hochschulen und Universitäten zu etablieren. Bis heute werden solche Möglichkeiten in Österreich vielerorts nicht ausgeschöpft. Dennoch lassen sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten auch deutliche Verbesserungen feststellen (vgl. Lange et al., 2024):

Herabsetzung des Wahlalters: Die Herabsetzung des Wahlalters in Österreich auf 16 Jahre im Jahr 2007 mit der damit verbundenen so genannten „Demokratie-Initiative“ der österreichischen Bundesregierung markiert eine bedeutende Weiterentwicklung für Demokratiebildung (Hellmuth, 2022). Dies spiegelt sich in den schulischen Curricula, der Aktualisierung des „Grundsatzes Politische Bildung“ (Bundesministerium für Bildung, 2015) und der Ausarbeitung eines österreichischen Kompetenzmodells für die Politische Bildung (Krammer, 2008) wider.

Obwohl Reformschritte stattfanden, blieben die systematische Verankerung demokratiebezogener Inhalte in den hochschulischen und universitären Curricula sowie die Ausbildung von fachspezifisch qualifizierten Lehrenden unter besonderer Berücksichtigung sozial- und politikwissenschaftlicher Inhalte in der Lehrer*innenbildung hingegen weitgehend unberücksichtigt. Eine der wenigen Studien aus dieser Zeit zeigt zudem, dass zahlreiche Lehramtsstudierende ihre Ausbildung im Bereich Politischer Bildung als unzureichend bewerteten (Hämmerle et al., 2009).

Pädagog*innenbildung NEU: Im Zusammenhang mit der sogenannten „Pädagog*innenbildung NEU“ – eine umfassende Reform aller Lehr-

amtsstudien – kam es 2015 zu einer Überarbeitung sämtlicher Curricula an österreichischen Hochschulen und Universitäten. Diese brachte schließlich eine Verstärkung der Politischen Bildung auf tertiärer Bildungsebene mit sich. Dabei wurden in den vier österreichischen Bildungsverbünden der Lehrer*innenbildung das Lehramtsstudium für die Primarstufe sowie das Lehramtsstudium „Geschichte, (Sozialkunde) und Politische Bildung“ beispielsweise mit Themen wie Menschenrechte, interkulturelle Perspektiven und Global Citizenship Education ergänzt (Bundesministerium für Bildung, 2025; Lange et al., 2024).

An einzelnen Hochschulstandorten lässt sich seither auch eine stärkere Berücksichtigung Politischer Bildung im Bereich der Stellenbesetzungen beobachten – etwa durch neue Professuren an den Universitäten in Wien und Salzburg oder durch das Masterstudium „Politische Bildung“ an der Johannes Kepler Universität Linz. Dennoch bleibt die Politische Bildung beziehungsweise Politikdidaktik im Vergleich zur Geschichtsdidaktik in Österreich deutlich unterrepräsentiert (Kühberger, 2022; Hellmuth, 2022).

Empfehlungen: Trotz der gesetzlichen Verankerung der Politischen Bildung als Querschnittsaufgabe aller Fächer und Schultypen (Bundesministerium für Bildung, 2015) fehlt es der Lehrer*innenbildung in Österreich an verpflichtenden, fächerübergreifenden Modulen zur Politischen Bildung. Diese strukturelle Leerstelle schwächt die Demokratiebildung mit ihren Potenzialen, auch in demokratische (Schul-) Kulturen und somit in eine praxisnahe, reflexive Menschenrechtsbildung hineinzuwirken (vgl. Lange et al., 2024).

Darüber hinaus mangelt es in Österreich an systematischer Forschung und Evaluation zur Wirkung bestehender Maßnahmen im Bereich politischer Bildungsprozesse. Bisherige Studien zur Demokratiebildung entstanden häufig in Form von Einzelfallstudien bzw. Qualifikationsarbeiten. Ein regelmäßiges Monitoring und eine Teilnahme an internationalen Vergleichsstudien wie der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) fehlen bislang. Österreich gehört zu einem der wenigen europäischen Länder, die nicht daran teilnehmen (Abs et al., 2024; Lange et al., 2024).

Um Demokratiebildung fundiert weiterzuentwickeln, werden von den Autor*innen Lange et al. (2024) im aktuellen Nationalen Bildungsbericht für Österreich unter anderem folgende weitere Maßnahmen empfohlen, welche die Qualität und Relevanz der Demokratiebildung in der Lehrer*innenbildung aufwerten sollen: empirische Studien zur

Demokratiebildungskompetenz von Lehrpersonen, Studien zum Demokratiebewusstsein von Studierenden und Schüler*innen – mit einem speziellen Fokus auch auf junge Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und auf Berufsschüler*innen – sowie Schutz- und institutionelle Stärkungsmaßnahmen für Politische Bildner*innen.

Weiterentwicklungen: Initiativen, Programme und Praxisbeispiele

Bildungspolitische Antworten auf aktuelle Herausforderungen (vgl. Lange et al., 2024)

2022 – Entschließung des österreichischen Parlaments: Mit einer sogenannten „Initiative Demokratiebildung“ forderten die Parlamentsparteien ÖVP, SPÖ, Grüne und NEOS den Ausbau schulischer und außerschulischer Politischer Bildung mit einem Fokus auf Lehrer*innenfortbildungen und einer verstärkten Kommunikation demokratiebildnerischer Angebote. Vorgeschlagen wurden darüber hinaus fächerübergreifende Schwerpunkte (Parlament Österreich, 2022). Die Initiative selbst blieb jedoch öffentlich weitgehend unbeachtet.

Legislaturperiode 2021–2025 – Initiativen des österreichischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Das 10-Punkte-Programm „Trust in Science and Democracy“ (TrusD) (2022) und die Ressortstrategie DNAustria (2024) umfassten Programme zur Stärkung von Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie – unter anderem eine Studie zur Ursachenforschung von Wissenschafts- und Demokrakesksepsis, den Aufbau zentraler Anlaufstellen und Netzwerke für Praktiker*innen, die Förderung von Medienkompetenz und Botschafter*innen-Programme. Allerdings wurden Gewichtungen zugunsten von MINT-Fächern und ein einseitiges Demokratiebild, das sich bloß auf Kommunikationsaufgaben bezieht, kritisiert (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, 2023; 2024)

Programm der österreichischen Bundesregierung 2025 – Demokratiebildung als eigenständiges Unterrichtsfach: Zum ersten Mal in der österreichischen Schulgeschichte arbeitet das Bildungsministerium gerade an einem selbstständigen Unterrichtsfach „Demokratiebildung“ für die Sekundarstufe 1 (zehn bis 14 Jahre). Denn abgesehen

von Berufsschulen ist die Politische Bildung in Österreich bislang meist nur ein Kombinationsfach, auch in der Lehrer*innenbildung (Breser, 2025a). Da sich das fächerübergreifende Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ in allen Schulstufen und Schultypen in Österreich nie wirklich durchsetzen konnte, ist dieser Schritt sehr zu befürworten. Es bleibt zu hoffen, dass es damit auch zu einer Professionalisierung Politischer Bildung im tertiären Bildungssektor kommt. Denn trotz vielfacher Bekenntnisse blieb Politische Bildung insbesondere in der Lehrer*innenbildung in Österreich strukturell schwach verankert. Noch dazu steht ab dem Studienjahr 2026/27 eine Kürzung aller Lehramtsstudien für die Sekundarstufe in Österreich bevor, die zu einer allgemeinen Reduktion didaktischer Lehrveranstaltungen an Hochschulen und Universitäten führen wird. Es bleibt abzuwarten, inwiefern an den unterschiedlichen Standorten in Österreich auch die Politische Bildung davon betroffen sein wird.

Unterstützungssysteme

Trotz etlicher Fortschritte bleibt die institutionelle Verankerung Politischer Bildung im österreichischen Bildungssystem verbesserungswürdig. Vor diesem Hintergrund haben sich in den letzten Jahren einige außerschulische Akteur*innen etabliert, die durch Expertise und Praxisangebote zur Stärkung der Demokratiebildung beitragen wollen. Beispiele hierfür sind:

- Mit Materialien, Fortbildungen und Workshops zur Politischen Bildung unterstützt das *Zentrum polis* insbesondere Lehrpersonen und betreibt nationale sowie internationale Netzwerke (Zentrum polis, o. D.; siehe auch Rezension von Riggs in diesem Heft, S. 120–124).
- Das *Demokratiezentrum* verbindet als wissenschaftliche Einrichtung Forschung und Bildungsarbeit. Es entwickelt didaktische Materialien, organisiert Veranstaltungen und greift aktuelle politische und gesellschaftliche Themen auf (Demokratiezentrum, o. D.).
- Die *Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB)*, ein Zusammenschluss von Expert*innen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft, setzt sich für eine stärkere Verankerung und Qualitätsentwicklung der Politischen Bildung in Österreich ein und fungiert als Stimme zu Bildungsreformen (Interessengemeinschaft Politische Bildung, o. D.).

Zwischenfazit: Demokratiebildung im „Dazwischen“

Angesichts zunehmender Normalisierung antidemokratischer Haltungen und der Politisierung des Neutralitätsbegriffs wird deutlich: Demokratiebildung kann in der österreichischen Lehrer*innenbildung nicht länger als pädagogisches „Add-On“ dienen. Neben der Verteidigung bestehender demokratischer Ordnungen muss sie zugleich auch als ein aktiver und dynamischer Gestaltungsprozess inmitten gesellschaftlicher Transformationen und Beharrungskräfte verstanden werden.

Darin liegt eine doppelte Herausforderung im österreichischen Kontext: Zum einen braucht es eine weitere strukturelle Aufwertung Politischer Bildung im österreichischen Bildungssystem – nicht nur curricular, sondern auch institutionell, personell und im öffentlichen Diskurs. Zum anderen ist es notwendig, Demokratiebildung als spannungsvollen Prozess zwischen Anpassung und Widerstand auf Basis demokratischer Prinzipien zu verstehen. Gerade konflikthafte, widerständige und mitunter unbequeme (institutionelle) Prozesse sind als Formen von Demokratiebildung anzuerkennen, zu gestalten und explizit zu konzipieren, um so gleichsam Weiterentwicklung zu ermöglichen (siehe auch den Beitrag von Pfaff in diesem Heft, S. 102–111). Denn Demokratie bildet sich stets im Zusammenspiel zwischen gemeinsamem Suchen und Streiten – und als entschlossene Parteinahme gegen Positionen, welche Infrastrukturen der Demokratie relativieren oder aushebeln wollen.

Lehrer*innenbildung in einer polarisierten österreichischen Gesellschaft wird nur dann demokratiefähig sein, wenn sie auch (institutionelle) Praxen zwischen Haltung, Konflikt und demokratischem Wandel entfalten kann. Der Begriff „Zwischenfazit“ verweist dementsprechend auf einen „Zwischenraum“ – auf eine vorläufige, offene Bilanz. Denn die Verteidigung demokratischer Werte und Prozesse wird niemals abgeschlossen sein. Sie bleibt ein dauerhaftes Unterfangen im dynamischen Wandel und unter Spannung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse.

Literatur

- Abs, H. J., Hahn-Laudenberg, K., Deimel, D. & Ziemes, J. F. (Hrsg.). (2024). *ICCS 2022. Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich*. Waxmann.
- Achour, S. (2017). Im Zeitalter des Rechtspopulismus: Quo vadis, politische Bildung? In B. Jungkamp & M. John-Ohnesorg (Hrsg.), *Politische Bildung in der Schule. Zeitgemäße Ansätze in Zeiten des Populismus* (S. 33–38). Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Berger, M. (2025). *Wie politisch darf Unterricht sein?* Masterarbeit Universität Graz.
- Berkemeyer, N. (2022). Demokratie und Lehrer_innenbildung an der Hochschule. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 591–599). Wochenschau.
- Beutel, S.-I., Beutel, W. & Gloe, M. (2022). Demokratische Schulentwicklung. In W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt & A. Seifert (Hrsg.), *Handbuch Demokratiepädagogik* (S. 78–97). Wochenschau.
- Breser, B. (2023). Jenseits von Fakten. Ein Plädoyer für post-kritische Einsätze in der Politischen Bildung. In K. Stainer-Hämmerle, D. Ingruber & G. Marschnig (Hrsg.), *Verschwörungserzählungen und Faktenorientierung in der Politischen Bildung* (S. 67–85). Wochenschau.
- Breser, B. (2025a). *Demokratie bilden heißt „Verbunden-Sein“ lernen. Ein Plädoyer zur Aktualisierung von Demokratie als Lebensform.* Abgerufen am 15.09.2025, unter www.phst.at/fileadmin/Redakteure/Dokumente/Studienreihe/PHSt_StBR19_13.pdf
- Breser, B. (2025b). *Demokratie ist kein Wohlfühlort.* Abgerufen am 02.09.2025, unter www.derstandard.at/story/3000000287516/demokratie-ist-kein-wohlfuehlort
- Breser, B. & Silen, B. (2023). (K)eine Stimme!? Die Vertretung politischer Interessen von Jugendlichen braucht demokratische Neujustierungen. *Informationen zur Politischen Bildung*, 52, 24–30.
- Bundesministerium für Bildung (2025). *PädagogInnenbildung NEU.* Abgerufen am 02.09.2025, unter www.bmb.gv.at/Themen/schule/fpp/ausb/pbneu.html
- Bundesministerium für Bildung (2015). *Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzverliss 2015.* Abgerufen am 15.09.2025, unter <https://rundschreiben.bmbwf.gv.at/rundschreiben/?id=700>
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2023). *Veröffentlichung der Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie.* Abgerufen am 02.09.2025, unter www.bmbwf.gv.at/Themen/Forschung/Aktuelles/Ursachenstudie.html
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2024). *10-Punkte-Programm zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft und Demokratie in Österreich.* Abgerufen am 02.09.2025, unter <https://dnaustria.at/assets/images/10-Punkte-Programm.pdf>
- Calhoun, C., Gaonkar, D. P. & Taylor, C. (2024). *Zerfallserscheinungen der Demokratie.* Suhrkamp.
- Costa, J. & Weselek, J. (2023). Zwischen individueller politischer Orientierung und antizipierten Neutralitätsansprüchen. Angehende Lehrkräfte und ihr Zugang zu Politik. *heiEDUCATION JOURNAL. Transdisziplinäre Studien zur Lehrerbildung*, 6, 81–103.
- Demokratiezentrum Wien (o. D.). Portal zu Demokratie, Politik und politischer Bildung. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.demokratiezentrum.org

- Eis, A. (2017). Mehr politische Bildung wagen! Frankfurter Erklärung zur politischen Bildung. *HLZ*, 3. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.gew-hessen.de/details/mehr-politische-bildung-wagen
- European Commission (2021). *Special Eurobarometer 516. European citizens' knowledge and attitudes towards science and technology*. Directorate-General for Research and Innovation.
- Hämmerle, K., Sandner, G. & Sickinger, H. (2009). Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38(3), 357–372.
- Heinisch, R. (2017). Demokratiekritik und (Rechts-)Populismus: Modellfall Österreich? In L. Helms & D. Wineroither (Hrsg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (Bd. 1, S. 449–478). Nomos.
- Hellmuth, T. (2022). Politische Bildung in Österreich. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung* (5., vollst. überarb. Aufl., S. 541–551). Wochenschau Verlag.
- Hellmuth, T. & Klepp, C. (2010). *Politische Bildung*. Böhlau utb.
- Hufen, F. (2022). Vom Neutralitätsgebot über die Chancengleichheit zum Gebot der Sachlichkeit: Maßstäbe öffentlicher und öffentlich geförderter Bildungsarbeit. In A. Wohnig & P. Zorn (Hrsg.), *Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung* (S. 102–118). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Interessengemeinschaft Politische Bildung (o. D.). Informationsplattform zur politischen Bildung in Österreich. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.igpb.at
- Kahlert, J. (2013). Kritische Anmerkungen zur Bildung und Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern in der Demokratie. In K.-P. Hufer & D. Richter (Hrsg.), *Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Perspektiven politischer Bildung* (S. 295–308). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Krammer, R. (2008). *Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell*. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. Abgerufen am 02.09.2025, unter www.politik-lernen.at/dl/MosrJKJKoMNkJqz4JKJ/Kompetenzmodell_Politische_Bildung_Kurz-Langversion_2008-03-18.pdf
- Kühberger, C. (2022). Geschichtsdidaktik in Österreich. Entwicklungen und Trends. In A. Brait, C. Oberhauser & I. Plattner (Hrsg.), *Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Standortbestimmung der Geschichtsdidaktik in Österreich* (S. 14–38). Wochenschau.
- Lange, D., Kierot, L., Breser, B. & Beutel, W. (2024). Demokratiebildung. Konzepte, Strategien und Perspektiven. In Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Hrsg.), *Nationaler Bildungsbericht* (S. 467–510). <https://doi.org/10.17888/nbb2024-3-3>
- Lauerer, C. & Keel, G. (2019). Journalismus zwischen Unabhängigkeit und Einfluss. In T. Hanitzsch, J. Seethaler & V. Wyss (Hrsg.), *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (S. 103–134). Springer VS.
- Marchart, J. M. (26.09.2024). Kickls Meldestelle für „linke“ Lehrkräfte ist ein gefährliches Unterfangen. *Der Standard*. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.derstandard.at/story/3000000238231/kickls-meldestelle-fuer-linke-lehrkraefte-ist-ein-gefaehrliches-unterfangen
- Merkel, W. (2015). Die Herausforderungen der Demokratie. In W. Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie* (S. 7–42). Springer VS.
- Parlament Österreich (2022). Initiative „Demokratiebildung“. Abgerufen am 02.09.2025, unter www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/E/264?selectedStage=100

- Pelinka, A. (2019). Rechtspopulismus in Österreich. In H. Brinkmann & I. Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften* (S. 133–158). Springer VS.
- Puscizna, N. (2023). *Unterricht zur Politischen Bildung für Jugendliche ohne österreichische Staatsbürgerschaft*. Bachelor-Arbeit Universität Graz.
- Schmid, F. (30.08.2024). Ein blaues Wahlprogramm mit Hass und Verschwörungstheorien. *Der Standard*. Abgerufen am 02.09.2025, unter www.derstandard.at/story/3000000234465/ein-blaues-wahlprogramm-mit-hass-und-verschwoerungstheorien
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E., König, T., Losi, L., Seiser, F., Tiemann, G., Taschwer, K. & Unger, M. (2023). *Endbericht Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.
- Taschwer, K. (10.11.2021). Österreichs fatale Wissenschaftsskepsis. *Der Standard*. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.derstandard.at/story/2000131037835/oesterreichs-fatalewissenschaftsskepsis
- Valchars, G. & Bauböck, R. (2021). *Migration & Staatsbürgerschaft*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Westphal, M. (2020). Kritik- und Konfliktkompetenz als Auftrag politischer Bildung. *Journal für politische Bildung*, 4, 28–33.
- Wohnig, A. & Zorn, P. (2022). Einführung – oder: Was wir uns dabei gedacht haben. In A. Wohnig & P. Zorn (Hrsg.), *Neutralität ist keine Lösung! Politik, Bildung – politische Bildung* (S. 9–17). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Zebinger, M. (2024). *Politische Bildung durch Parteiakademien? Eine Analyse aus rechts- und politikwissenschaftlicher Perspektive*. Diplomarbeit Universität Graz. Zentrum polis (o. D.). Online-Informationsplattform zur politischen Bildung in Österreich. Abgerufen am 05.08.2025, unter www.politik-lernen.at

Breser, Britta, Univ.-Prof. Dr.,
<https://orcid.org/0000-0002-7042-8112>
Professorin für Demokratiebildung,
Universität Wien.
Lektorin für Politische Bildung/Politikdidaktik,
Universität Graz.
Arbeitsschwerpunkte:
Theorien und empirische Forschung zu Demokratiebildung,
Lehren/Lernen im Kontext von (Ent-)Demokratisierung.
britta.breser@univie.ac.at